

Wird die Gangart verschärft?

Der Anschlag von Solingen hat die Politik aufgeschreckt. Nun beraten Ampel-Regierung, Union und Länder in Berlin über Konsequenzen. Die Opposition will etwas für das Land erreichen.

■ Von Martina Herzog

BERLIN. Das Treffen von Ampel-Koalition, Union und Ländervertretern zur Migrationspolitik hat am Nachmittag im Bundesinnenministerium in Berlin begonnen.

Grundlage aus Sicht der Regierungskoalition aus SPD, Grünen und FDP ist das in der vergangenen Woche vorgestellte Sicherheitspaket als Konsequenz aus dem mutmaß-

lich islamistisch motivierten Messeranschlag von Solingen. Es sieht Maßnahmen in drei Bereichen vor: eine härtere Gangart bei der Rückführung abgelehnter Asylbewerber in ihre Herkunftsländer, Schritte zur entschiedeneren Bekämpfung des islamistischen Terrors und Verschärfungen beim Waffenrecht. Vertreter von CDU und CSU hingegen drängen darauf, dass auch eine Begrenzung der irregulären Migration

Thema wird.

An dem Treffen nehmen für die Bundesregierung unter anderem Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) und Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) teil. Für die Länder vertritt Hessen die Unionsseite und Niedersachsen die SPD-Seite. Für die Unionsfraktion kommt unter anderem der Erste Parlamentarische Geschäftsführer,

Thorsten Frei (CDU, Donau- eschingen). Auch Abgeordnete der Ampel-Fraktionen sind vertreten.

Frei sagte: „Wir möchten gerne ausloten mit der Regierung, ob es die Chance, das Potenzial gibt, gemeinsam etwas fürs Land zu erreichen und dem dienen diese Gespräche. Und wir gehen natürlich in der Hoffnung in diese Gespräche, dass am Ende auch etwas Gutes dabei rauskommt.“